

Pol. g.

471

Pol. g. 471

Über
Staatsverfassung
und
Staatsverwaltung.

Ein
politischer Versuch

R
von

Wilhelm Traugott Krug,

Professor der Philosophie in Königsberg.

Königsberg,
bey Göbbels und Unzer.

1806.

51 n

Bayerische
Staatsbibliothek
München

V o r r e d e.

Der Versuch, den ich hier dem Publikum vorlege, besteht aus zwey Vorlesungen, welche — obwohl in Ansehung der Zeit, des Orts und der übrigen Umstände, unter welchen sie gehalten wurden, von einander sehr verschieden — dennoch in Ansehung ihres Gegenstandes im genauesten Zusammenhange stehen. Die erste wurde am 8. August dieses Jahres zu Frankfurt an der Oder in einer

öffentlichen, zur Feyer des königlichen Geburtstages veranstalteten, Versammlung der dasigen Sozietät der Wissenschaften und Künste — die zweyte am 12. November dess. J. zu Königsberg in Preussen beym Antritte meines hiesigen öffentlichen Lehramtes gehalten. Jetzt erscheinen sie — wegen ihres verwandten Inhalts durch einen gemeinschaftlichen Titel vereinigt — im Drucke, in der Voraussetzung, daß das grössere Publikum, welches sich jetzt für politische Gegenstände fast ausschliessend interessirt, einen wissenschaftlichen Vortrag darüber seiner Aufmerksamkeit nicht ganz unwürdig finden werde.

Die Philosophen neuerer Zeit

stehen zwar im Verdachte, daß ihre politischen Räsonnements eben nicht von sonderlichem Gehalte oder wohl gar von gefährlicher Tendenz seyen. Was das Letzte betrifft, so spricht den Verfasser sein eignes Gewissen — und über geheime Absichten erkennt er außer dem höchsten Richter keinen andern an — von einer solchen Tendenz gänzlich frey. Auch scheint man nach und nach von dem Wahne wieder zurückzukommen, als wenn die Philosophen durch ihre Schriften große politische Revolutionen zu bewürken im Stande wären. Der Verfasser würde sich daher in den Augen aller Vernünftigen wahrscheinlich nur lächerlich machen, wenn er so et-

was hätte beabsichtigen wollen. Was aber das Erste anlangt, so läßt sich wenigstens nicht läugnen, daß der Staat als eine der wichtigsten Verbindungen, in welche Menschen treten können und sollen, mithin als eine Gesellschaft, deren Existenz die ganze Menschheit im höchsten Grade interessirt, auch ein nothwendiges Objekt der philosophirenden Vernunft sey, da diese auf alles, was die Menschheit interessirt, von Rechts wegen reflektiren muß. Wie das Resultat dieser Reflexion ausfalle, das hängt freylich zum Theil von der individuellen Lage des Reflektirenden ab. Die alten Philosophen hatten nun allerdings in dieser Hinsicht den Vorthail, daß sie häufig selbst

an Staatsgeschäften Theil nahmen, oder wenigstens mit Staatsmännern umgingen, folglich mit ihren Spekulationen die Erfahrungen, welche die Praxis darbietet, verbinden konnten. Indessen giebt es doch auch in politischer Hinsicht gewisse allgemeine Probleme, zu deren Lösung schon das bloße Nachdenken und Beobachten hinreicht. Es kann daher wohl auch der Philosoph als bloßer Gelehrter, wenn er mit seinen Spekulationen innerhalb dieser Gränzlinie bleibt und sich nicht in das Detail der eigentlichen Praxis einmischt, fordern, daß er in Angelegenheiten, welche die gesammte Menschheit interessieren, wenigstens gehört und das, was er sagt, nicht — gleichsam a

priori — als unnützes Geschwätz verdammt werde. Und diese Forderung ist es allein, welche der Verfasser hierdurch hat geltend machen wollen und deren Billigkeit hoffentlich selbst der erfahrenste Praktiker nicht abläugnen wird. Königsberg, am Ende des Jahrs 1805.

W. T. Krug.

Erste Vorlesung.

Über
die Eintheilung der Staatsformen
in die monarchische,
aristokratische und demokratische.

Meine Vorlesung

die Einteilung der Staatsformen

in die monarchische

aristokratische und demokratische

Seitdem *ARISTOTELES* die mancherley Staatsformen, welche in der Erfahrung angetroffen werden, auf drey Grundformen, die *monarchische*, die *aristokratische* und die *demokratische* zurückgeführt und die Vorzüge der einen Verfassung vor der andern nach Gründen der Vernunft und Erfahrung abgewogen hat, sind die Untersuchungen über diesen Gegenstand unendlich oft wiederholt worden. Besonders ist die neuere Zeit sehr fruchtbar an solchen Untersuchungen gewesen. Die große Staatsumwälzung im Westen von Europa, welche so viele andre Staaten

in den Revolutionsschwindel mit hinein-
zog, veranlafste auch neue Diskussionen
über die möglichen Formen eines Staates
und über die möglich beste unter ihnen.
Und diese Untersuchungen blieben nicht
etwa in den Studierzimmern der Gelehr-
ten verschlossen, noch verhallten sie er-
folglos auf den Rednerbühnen, sondern
sie wurden auch ins Leben eingeführt,
indem man die Staaten selbst nach den
mancherley Entwürfen von neuen Kon-
stitutionen einmal über das andre organi-
sirte und reorganisirte. Auf diese Art
experimentirte man gleichsam mit den
Staatsformen, bis man endlich, dieses ge-
fährlichen Spiels überdrüssig, dem allge-
waltigen Willen eines Einzigen unterlag.

Es ist für jetzt nicht meine Absicht,
mich in diese — gleichsam zur höhern
Politik gehörigen — Untersuchungen ein-
zulassen, um zu bestimmen, welche von
allen wirklichen oder möglichen Staats-
formen die beste sey. Der frohe Tag,

der die Veranlassung dieser öffentlichen Versammlung unsrer Gesellschaft ist, erweckt in der Brust eines jeden preussischen Patrioten Gefühle, welche es gleichsam überflüssig zu machen scheinen, nach dem vollkommensten Staate zu fragen, indem sich jeder durch das Bewußtseyn, von einem weisen und gerechten Fürsten regiert zu werden, zur völligen Zufriedenheit mit diesem politischen Vereine gestimmt fühlt. Ich werde es daher vielmehr bloß mit jener *Eintheilung der Staatsformen* zu thun haben, welche eben der berühmte Philosoph aufgestellt hat, dessen Namen Ihnen der Anfang dieser Vorlesung nannte. Zwar gab es eine Zeit, wo man diesen hoch gefeyerten Namen nicht mit dem leisesten Tadel aussprechen durfte, ohne die Gemüther sogleich in Feuer und Flammen zu setzen; denn Aristoteles war in jener Zeit das allgemeine Orakel der Philosophen, dessen Auktorität mehr als der bündigste Beweis

galt. Indefs ist diese Zeit, dem Himmel sey Dank, vorüber; man fragt nicht mehr bloß, was Aristoteles gesagt hat, sondern auch, ob er etwas Wahres gesagt hat. Daher fürchte ich denn auch bey Niemanden von Ihnen anzustossen, wenn ich die Behauptung wage, daß die *Aristotelische Eintheilung der Staatsformen in die monarchische, aristokratische und demokratische*, irrig und falsch sey, ob sie gleich beynahe von allen spätern Staatslehrern angenommen worden ist ¹).

Die ganze Eintheilung gründet sich nämlich auf die Anzahl derer, welche im Besitze der obersten Staatsgewalt sind. Der Staat soll also *Monarchie* seyn, wenn diese Gewalt in den Händen eines Einzigen — *Aristokratie*, wenn sie in den Händen Mehrerer, deren aber doch nur Wenige sind — *Demokratie* endlich, wenn sie in den Händen des Volkes selbst oder wenigstens des größern Theils desselben ist.

Um nun diese Eintheilung der Staatsformen gehörig beurtheilen zu können, müssen wir etwas tiefer in das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft einzudringen suchen; denn erst hieraus läßt sich begreifen, auf wie vielerley Art eine solche Gesellschaft eingerichtet oder geformt seyn könne.

Jede bürgerliche Gesellschaft oder jeder Staat — denn beyde Ausdrücke sind gleichgeltend — ist eine zum Schutz und zur Sicherheit des Rechts verbundene Menschenmenge. Ich sage: zum Schutz und zur Sicherheit des Rechts — um sogleich den ersten und vornehmsten Zweck dieser Verbindung anzudeuten, auf den es bey unsrer Untersuchung allein ankommt. Denn wenn auch menschliche Vollkommenheit und menschliches Wohlseyn durch jene Verbindung befördert wird, so kann man dieß doch nicht als den eigentlichen Zweck derselben betrachten. Der Staat als solcher kann sich

nur das zu seinem Zwecke machen, was er mit Gewalt bewürken, oder erzwingen kann. Vollkommenheit aber und Wohlseyn lassen sich nicht erzwingen. Man kann durch Zwang nur verhüten, daß keiner der Vollkommenheit und Wohlfahrt des Andern auf widerrechtliche Weise Abbruch thue. Dem Rechte hingegen kann man mit Gewalt Respekt verschaffen, wenn es nicht aus gutem Willen respektirt wird. Die Freyheit gesetzlichen Schranken zu unterwerfen und dadurch zu bewürken, daß die Freyheit jedes Einzelnen mit der Freyheit aller Uebrigen zusammen bestehen könne — dieß allein ist der eigentliche Zweck jener geselligen Verbindung, welche wir Staat nennen. Durch ihn soll die Rechtsidee gleichsam in die Welt der Erscheinungen eingeführt werden, damit das, was die Vernunft für Recht erkennt, auch von jedem Menschen wirklich anerkannt und heilig geachtet werde. Erreicht der Staat

nur diesen Zweck, ist in der bürgerlichen Gesellschaft das Recht nur hinlänglich geschützt und gesichert, so wird sich menschliche Vollkommenheit und Wohlfahrt schon von selbst entwickeln, ohne daß es dazu der Zwangsmittel des Staats bedarf. Er überlasse nur jedem Einzelnen, sich so vollkommen und glücklich als möglich durch alle rechtliche Mittel zu machen, so wird die allgemeine Vollkommenheit und Wohlfahrt das nothwendige Resultat jener einzelnen Bestrebungen seyn; und wenn der Staat auch seinerseits zur Beförderung derselben etwas thun will, durch Begünstigung, Aufmunterung und Darbietung von Gelegenheiten und Mitteln, so geschehe es nur immer auf rechtliche Weise, (damit seinem eigentlichen Zwecke, der öffentlichen Garantie des Rechts, kein Abbruch gethan werde ²).

Um nun diesen Zweck zu erreichen, muß im Staat eine höchste Gewalt vor-

händen seyn, d. h. eine Kraft, die der Kraft jedes Einzelnen, der einen ungerichten Willen haben möchte, bey weitem überlegen ist, die also jeden, der seine Freyheit mißbrauchen wollte, in die gesetzlichen Schranken derselben zurückweisen kann. Diese Kraft kann aber nur durch Vereinigung mehrerer Kräfte entspringen, so daß sich diese alle gleichsam in einem gemeinschaftlichen Brennpunkte konzentriren. Es muß folglich in der Gesellschaft von Menschen, welche wir den Staat nennen, Personen geben, durch welche die höchste Gewalt realisirt wird, welche also diese Gewalt unmittelbar oder mittelbar darstellen und ausüben.

Die bestimmte Art und Weise nun, wie die oberste Staatsgewalt von gewissen Personen in eine gewisse bürgerliche Gesellschaft realisirt wird, heißt die *Verfassung* derselben oder die *Staatsform*. Zur Realisirung der obersten Staats-

gewalt gehört aber theils die *Darstellung* derselben in oder an gewissen Personen, damit jedermann wisse, wo sie anzutreffen sey, theils die *Ausübung* derselben durch oder vermittelt gewisser Personen, damit sie auch in Wirkksamkeit übergehe. Die *Darstellungsart* der höchsten Gewalt im Staate betrifft also bloß das *Äußere* der Verfassung, was sogleich jedermann in die Augen fällt, wenn er auf den Ursprung der Staatshandlungen sieht. Die *Ausübungsart* derselben aber betrifft das *Innere* der Verfassung, was man erst durch genauere Aufmerksamkeit auf das eigentliche Triebwerk der Staatsmaschine kennen lernt ³⁾.

Es erhellet hieraus, daß die Verfassung eines jeden Staats aus einem doppelten Gesichtspunkte betrachtet werden muß, in Rücksicht auf die Darstellungsart der höchsten Gewalt, als *äußere Staatsform*, und in Rücksicht auf die Ausübungsart derselben, als *innere Staats-*

form. Die äußere Staatsform kann auch die *Herrschaftsform*, und die innere die *Regierungsform* genannt werden. Denn Herrscher heißt derjenige, welcher den Titel des *Herrn* führt, ob er es gleich nicht immer der That nach ist. Regierer aber oder Regent kann nur derjenige genannt werden, welcher das Regiment über Andre wirklich führt, mithin eine gewisse Gewalt über sie *ausübt* 4).

Wenn wir nun nach diesen allgemeinen Bemerkungen über höchste Gewalt und Verfassung der Staaten auf die Aristotelische Eintheilung der Staatsformen zurücksehen, so ist offenbar, daß sich dieselbe bloß auf die äußere Staatsform, welche Herrschaftsform, nicht aber auf die innere, welche Regierungsform heißt, bezieht.

Die oberste Staatsgewalt kann nämlich dargestellt seyn erstlich an Einer Person — dann heißt der Staat *Monarchie* oder *Einherrschaft*, und derjenige,

welcher an der Spitze steht, mithin die höchste Gewalt in seiner Person repräsentirt, heisst *Monarch* oder *Einherrscher*. Dabey kommt weiter nichts darauf an, was dieser Monarch oder Einherrscher sonst noch für einen besondern Namen führe, ob er Kayser, König, Fürst, Herzog, Sultan, Chalif, Schach, Doge, Gonfaloniere, Diktator, Präsident, Landammann, Rathpensionär oder wie sonst heisse. Alle diese Namen sind blofse Titel und der Sache nach völlig gleich, obgleich einige derselben nach der gemeinen Meynung höher als andre geachtet, und daher auch von denen, welche sich nicht für groß genug halten, wenn sie nicht auch einen großen Titel führen, gern angenommen werden.

Die höchste Gewalt im Staate kann aber auch zweytens durch mehr als eine Person dargestellt seyn — dann muß der Staat eine *Polyarchie* oder *Vielherrschaft* heißen, und so auch diejenigen, welche

an der Spitze stehen, mithin die höchste Gewalt in ihren Personen repräsentiren, *Polyarchen* oder *Vielherrscher*, wobey auf den besondern Namen oder Titel, den sie führen, ob sie Ephoren, Konsuln, Senatoren, Direktoren oder wie sonst heißen, wieder nichts ankommt. Die Polyarchen oder Vielherrscher machen alsdann eine moralische Person oder ein Kollegium aus, worin gewöhnlich Einer entweder beständig oder abwechselnd mit den übrigen den Vorsitz führt und dann vorzugsweise die höchste Gewalt in seiner Person repräsentirt.

Da aber der Ausdruck: Viel, eine unbestimmte Gröfse andeutet, indem der Vielen, welche herrschen, mehr oder weniger seyn können, so kann die Polyarchie wieder unter mancherley Formen erscheinen. Eine dieser Formen nun, wo der Herrschenden nur Wenige sind, von denen man voraussetzt, daß sie die Besten im Volke seyen, nennt Aristoteles

die *Aristokratie* oder die *Herrschaft der Besten*. Aber wer sind diese Besten? Sind es diejenigen, welche ihren Ursprung von einem alten Familienstamme herleiten und sich daher eine sogenannte edle Geburt beylegen? Aber nicht immer ist das Alte auch das Beste, und nicht immer ist der Adel der Geburt auch mit dem Adel des Talents, der Gesinnung und des Verdienstes verknüpft. Oder sind es diejenigen, welche durch Reichthum und äußeren Glanz unter ihren Mitbürgern hervorragen? Aber nicht immer sind die, welche mit Schätzen umgeben sind und im Überfluß irdischer Güter leben, auch die Besten im Volke. Oder sind es diejenigen, welche sich durch Einsicht und Geschicklichkeit in Wissenschaften und Künsten auszeichnen? Aber leider ist auch Gelehrsamkeit und Kunstfertigkeit nicht immer mit dem, was wahrhaft gut ist, vereinigt. Die wahre Güte besteht in Weisheit und Tugend. Weisheit und

Tugend aber ist nicht ein Vorrecht dieses oder jenes Standes, dieser oder jener Menschenklasse, nicht ein ausschließliches Eigenthum der Wenigen, die in einem Staate an der Spitze stehen, sondern ein Gemeingut der Menschen, das unter den Beherrschten eben sowohl als unter den Herrschenden angetroffen wird. Eine wahre Aristokratie hat es also wohl nie und nirgends auf der Erde gegeben; diejenigen Staaten aber, welche man gewöhnlich so nennt, waren und sind nichts anders als Polyarchien, in welchen einige Familien das ausschließliche Herrschaftsrecht an sich gerissen haben. Die aristokratische Staatsform ist also nur eine besondere Unterart der polyarchischen, welche allein der monarchischen entgegengesetzt werden kann.

Was die *Demokratie* anlangt, so zeigt dieser Ausdruck eigentlich eine *Volksherrschaft* an. Das Wort: *Volk*, aber bedeutet entweder die Gesamtheit der Bürger
eines

eines Staats oder den größern Theil derselben, welcher den übrigen an Kultur nachsteht. Nehmen wir nun das Wort: Volk, in der ersten Bedeutung, so ist es unmöglich, daß das ganze Volk herrschen kann, weil es sonst lauter Herrscher aber keine Beherrschten geben, mithin die Demokratie eine völlige Anarchie seyn, folglich den Staat selbst aufheben würde. Denn ein Staat ist nur da vorhanden, wo es eine das Recht schützende Gewalt giebt, der jede einzelne Kraft im Staate unterworfen ist. Nehmen wir aber den Ausdruck: Volk, in der zweyten Bedeutung, so ist die sogenannte Demokratie oder Volksherrschaft nichts anders als Ochlokratie oder Pöbelherrschaft d. h. eine Gesellschaft, in welcher der große Haufe der Rohen über das Häuflein der Gebildeten, also gerade die Masse des Schlechten über die des Bessern herrscht. Nun ist aber offenbar, daß eben jener Haufe derjenige Theil eines Volks ist, welcher

der Leitung der höchsten Gewalt am meisten bedarf, damit seine wilde Leidenschaftlichkeit gebändigt und er selbst allmählig zu einem bessern Zustande emporgehoben werde. Wenn daher ein Staat bis zur Pöbelherrschaft herabgesunken ist, so kann man wohl mit Recht sagen, daß in demselben alle vernünftige Ordnung umgekehrt und er seiner völligen Auflösung durch Anarchie nahe sey. Soll also in dem Worte: Demokratie, irgend ein vernünftiger Sinn liegen, so kann es nur eine Polyarchie bedeuten, in welcher die Herrschaft nicht gewissen privilegierten Familien, sondern gewissen ausgewählten Personen zukommt, welchen sie auf längere oder kürzere Zeit durch die Mehrheit der Bürger überlassen worden ist, so daß zwar jeder möglicher Weise herrschen kann, aber doch nur Einige wirklich herrschen. Die Demokratie ist folglich auch bloß eine Un-

terart oder besondere Modifikation der Polyarchie.

Hieraus ergibt sich nun von selbst, daß es, wenn man bloß auf die äußere Staatsform sieht, nur zwey Hauptarten derselben giebt, die *monarchische* und die *polyarchische*. Es hätte also Aristoteles nebst allen denen, die ihm hierin gefolgt sind, fürs Erste seine Eintheilung nicht drey- sondern nur zweygliedrig machen und nachher erst die verschiednen Modifikationen aufsuchen sollen, welche in Ansehung der Monarchie sowohl als der Polyarchie stattfinden können oder in der Erfahrung wirklich statt finden.

Allein noch weit mehr hat Aristoteles darin gefehlt, daß er bloß die äußere Staatsform zum Grunde seiner Eintheilung gemacht hat. Denn diese ist gerade nicht das Wesentlichste in Ansehung der Staatsverfassung. Es kommt auf die Darstellungsart der höchsten Gewalt an dieser oder jener Person so wenig an, daß sich

sogar eine Staatsverfassung denken läßt, in welcher die höchste Gewalt gar nicht durch eine wirkliche Person repräsentirt wird, sondern das angebliche Oberhaupt des Staats bloß ein idealisches oder übersinnliches Wesen ist. Das hebräische Volk z. B. betrachtete nach der Mosaischen Verfassung die Gottheit selbst unter dem Namen Jehovah als seinen König, weshalb auch der israelitische Staat eine *Theokratie* oder *Gottes Herrschaft* genannt worden ist. Diesen König sahe und hörte niemand. Er hatte nur einen Thron im Allerheiligsten, zu welchem der oberste Priester allein den Zutritt hatte. Und doch bestand dieser Staat eine lange Zeit, ehe die höchste Gewalt in ihm durch eine wirkliche Person als sichtbares Oberhaupt und Stellvertreter jenes unsichtbaren repräsentirt wurde ⁵).

Die Hauptsache oder das Wesen der Verfassung ist die innere Staatsform oder die eigentliche Regierungsform, und diese

ist bey jener Eintheilung der Verfassungen in die monarchische, aristokratische und demokratische entweder ganz übersehen oder so mit der äufsern Form vermischt, dafs derjenige, welcher nicht tiefer in das Wesen der Dinge einzudringen gewohnt ist, bey der Anwendung jener Eintheilung auf einzelne Staaten das Innere der Staatsform unbemerkt läfst, weil sein Blick an dem Äufsern haftet. Es mag nämlich die oberste Staatsgewalt durch Einen oder Mehre dargestellt werden, es mag also in den Staaten Monarchen oder Polyarchen geben, so ist es ein grofser Unterschied, ob diese Herrscher die höchste Gewalt selbst und ganz allein ausüben, oder ob das von ihnen beherrschte Volk durch einzelne zu ihm gehörige Bürger an dieser Ausübung Theil nimmt und so mit dem Willen der Herrscher in dieser Ausübung sich vereinigt. Im ersten Falle mufs der Staat eine *Autokratie*, im zweyten eine *Synkratie* ge-

nannt werden. Im Deutschen könnte man dafür etwa die Ausdrücke *Alleinregierung* und *Mitregierung* brauchen ⁶⁾. Die Wichtigkeit dieser Unterscheidung erhellet aus folgenden Umständen:

Die höchste Gewalt hat schon an sich ihre natürlichen Schranken, welche im Begriffe des Rechts selbst liegen, zu dessen Schutz und Sicherheit die oberste Staatsgewalt dienen soll. Die Glieder des Staats, welche dieser Gewalt unterworfen sind, nach Belieben ihres Lebens und ihres Eigenthums berauben, ihnen vorschreiben, was sie denken und glauben sollen, einem jeden befehlen, welche Lebensart er wählen, und wie er sein Hauswesen einrichten soll — diese und ähnliche Handlungen und Gebote darf sich kein Herrscher in der Welt erlauben, wie groß und mächtig er auch sey. Er würde dadurch die natürlichen Gränzen seiner Gewalt überschreiten, würde die Rechte des Menschen, die er eben durch

seine Gewalt schützen und sichern sollte, selbst vernichten, würde seine Unterthanen wie Sklaven oder vernunftlose Thiere behandeln, mit einem Worte: er würde Tyrann und Despot werden. Die höchste Gewalt soll sich also eigentlich schon von selbst bey ihrer Ausübung innerhalb dieser Schranken halten. Allein die Geschichte aller Jahrhunderte, seit dem Staaten existiren, lehrt es, daß sich die höchste Gewalt nicht immer in diesen natürlichen Schranken gehalten hat. Daher haben die Völker oder auch die Herrscher selbst oft für gut gefunden, innerhalb jener natürlichen Schranken noch gewisse positive Schranken zu ziehen, wodurch der widerrechtliche Mißbrauch der höchsten Gewalt, da diese so leicht den menschlichen Leidenschaften dienstbar wird, entweder unmöglich gemacht oder wenigstens erschwert würde. Diese positiven Schranken bestehen in gewissen Einrichtungen, wodurch dem Volke ein

bestimmter Antheil an der höchsten Gewalt zukommt, so daß der oder die Herrscher sie nicht nach ihrer alleinigen Willkür ausüben können. Es können z. B. von Zeit zu Zeit oder für immer sich gewisse, entweder ein für allemal bestimmte oder auf eine Zeit lang gewählte, Stellvertreter des Volks versammeln, um gewisse Gesetze zu entwerfen oder zu bestätigen, gewisse Bewilligungen zu machen u. d. In einem Staate, wo solche Institute stattfinden — die man Parlamente, Senate, gesetzgebende Körper, Tribunate, Landtage, Ausschüsse u. s. w. zu nennen pflegt — wird also das Volk selbst durch gewisse Theilnehmer an der Ausübung der höchsten Gewalt repräsentirt und daher kann man diese repräsentative Staatsform mit Recht eine Synkratie nennen. Denn jene Theilnehmer oder Stellvertreter sind gar nicht Herrscher, sondern selbst Unterthanen, aber sie regieren gemeinschaftlich mit den Herr-

schern. Wo aber das Volk gar keine solche Repräsentanten hat, sondern der oder die Herrscher ganz allein die höchste Gewalt ausüben, da findet Autokratie statt.

Wenn wir nun diese beyden Hauptarten der Verfassung in Ansehung der innern Staatsform mit jenen beyden Hauptarten in Ansehung der äußern Staatsform verbinden, so entstehen vier Grundformen der Staatsverfassung, nämlich:

1) Die *autokratische Monarchie*, wo Einer die höchste Gewalt darstellt und auch ganz allein ausübt.

2) Die *synkratische Monarchie*, wo zwar nur Einer die höchste Gewalt darstellt, aber gemeinschaftlich mit gewissen Volksvertretern ausübt.

3) Die *autokratische Polyarchie*, wo mehr als Einer die höchste Gewalt darstellt und diese Darsteller sie auch ganz allein ausüben.

4) endlich die *synkratische Polyarchie*, wo mehr als Einer die höchste Gewalt

darstellt, aber diese Darsteller sie nur mit Konkurrenz gewisser Volksvertreter ausüben ⁷⁾).

Die autokratische Monarchie nennen Manche auch die *unumschränkte*, und die synkratische die *beschränkte*. Allein diese Ausdrücke sind sehr unschicklich. Denn unumschränkt kann vernünftiger Weise keine Monarchie in der Welt seyn. Hat sie auch keine positiven Schranken, so hat sie doch natürliche Schranken. Unumschränktheit und Abwesenheit positiver Schranken sind aber zwey himmelweit verschiedene Dinge. Es ist daher sogar gefährlich, irgend eine Monarchie unumschränkt zu nennen, weil hieraus die Folgerung gezogen werden könnte, daß ein Monarch nach bloßer Willkür regieren dürfe, mithin alles in der Welt ihm zu thun erlaubt sey. Man sollte also jene lieber die *natürlich beschränkte* und diese die *positiv beschränkte* Monarchie nennen. Denn der autokratische Monarch ist bloß

den natürlichen, der synkratische aber aufser diesen auch noch gewissen positiven Schranken unterworfen. Jener ist also nur einfach, dieser zwiefach beschränkt.

Sehen wir nun abermals auf die Eintheilung zurück, welche Aristoteles in seiner Politik von den Staatsformen aufgestellt hat und welche man so oft bis auf den heutigen Tag wiederholen hört, so liegt ihre Unzulänglichkeit am Tage. Was das erste Glied jener Eintheilung betrifft, so bleibt es völlig unbestimmt, welche Monarchie gemeynt sey, ob die autokratische oder synkratische, welcher Unterschied doch in Beurtheilung einer Verfassung so wichtig ist. Unter der Aristokratie versteht man nun zwar gewöhnlich eine autokratische Polyarchie; allein sie kann eben so gut synkratisch seyn. Der Römische Staat unter den Konsuln war anfangs eine autokratische, nachher eine synkratische Aristokratie, ob

er gleich unter beyderley Gestalten im Ganzen schlecht organisirt und daher beständigen innern Unruhen ausgesetzt war, bis sich endlich die Polyarchie in eine Monarchie verwandelte. Von der Demokratie aber ist schon vorhin gezeigt worden, daß sie entweder gar keine rechtliche Verfassung sey oder nur als Polyarchie gedacht werden könne. In diesem Falle ist sie stets synkratisch. Sie fällt also dann mit der zweyten Form der Aristokratie beynahe zusammen. Denn die Verschiedenheit zwischen beyden besteht bloß darin, daß in dieser noch ein gewisser Standesunterschied, der von der Geburt abhängig und mit gewissen Vorrechten verknüpft ist, stattfindet, in jener aber nicht. Diese Verschiedenheit ist aber nur eine zufällige Modifikation der Verfassung und kann in allen vier Staatsformen sowohl daseyn als wegseyn^s).

Es kommen nämlich die vier Grundformen der Staatsverfassung unter den

Völkern der Erde mit tausend verschiedenen Modifikationen vor, und es gewährt dem aufmerksamen Beobachter des Weltlaufs ein ganz eignes Vergnügen, die mannichfaltigen Gestalten zu betrachten, welche die Völker als Staaten nach und nach angenommen haben — ein Vergnügen, das freylich durch den Gedanken an das viele Menschenblut, was so manche dieser Verfassungen gekostet hat, sehr verbittert wird. Der Orient ist seit uralten Zeiten der Sitz der autokratischen Monarchie. Denn die meisten orientalischen Staaten waren und sind noch jetzt Monarchen unterworfen, welche dieselben ohne alle positive Schranken regieren. Dadurch werden nun zwar diese Monarchen oft Despoten, indem sie ihre Unterthanen gar nicht als Staatsbürger, sondern mehr als Leibeigne betrachten und selbst die natürlichen Schranken der höchsten Gewalt überschreiten. Indessen scheinen die Völker des Orients diese po-

litische Erniedrigung kaum zu fühlen und schon zufrieden zu seyn, wenn nur Leben und Eigenthum nicht zu gewaltsam angetastet wird. Die meisten europäischen Staaten hingegen sind synkratische Monarchien. Denn wenn auch nur in wenigen eine wirkliche und vollständige Volksrepräsentazion stattfindet, so hebt doch schon das fast durchgängig herrschende Feudalsystem die völlige Autokratie der Regenten auf, indem es durch die Privilegien der Vasallen den Herrscher als Lehnsherrn gewissen positiven Schranken unterwirft ⁹). In Frankreich, welches wir in kurzer Zeit aus der monarchischen Form unter einem Könige in die polyarchische unter einem Konvente, einem Direktorium und einem dreyeinigen Konsulate, und aus dieser wieder in die monarchische unter einem Kayser haben übergehen sehen — in Frankreich und einigen benachbarten Staaten ist zwar jenes System aufgehoben, an die Stelle des-

selben aber eine Volksrepräsentazion getreten, die wenigstens der Verfassung nach an der Ausübung der höchsten Gewalt theilnehmen soll, obgleich diese Theilnahme durch zufällige Umstände sehr beschränkt ist. Das französische Kayserreich ist daher seiner Verfassung nach eben sowohl als das brittische Königreich eine synkratische Monarchie, wiewohl der Synkratism in diesem sich weit deutlicher ausspricht als in jenem. Die polyarchischen Staaten, sowohl die autokratischen als die synkratischen, sind (wenn man die deutschen Reichsstädte ausnimmt, die doch keine selbständigen Staaten ausmachen) fast ganz aus Europa verschwunden, indem alles seit kurzem eine monarchische Form gewonnen hat. Wie dieß zugegangen, wird die Geschichte nach Jahrhunderten der staunenden Nachwelt erzählen. Es müssen aber zu den monarchischen Staaten nicht bloß Kayser-König- und Fürsten-Reiche gezählt wer-

den, sondern auch viele andre Staaten, welche man gewöhnlich, obwohl sehr unrichtig, Republiken nennt. Denn Republik ist nach dem alten ächten Sprachgebrauche jeder Staat als ein gemeines Wesen (*res publica*), er sey übrigens monarchisch oder polyarchisch, autokratisch oder synkratisch gestaltet. Die vorzugsweise sogenannten Republiken also (z. B. die helvetische und batavische) sind gressentheils nichts anders als synkratische Monarchien. Denn es steht in ihnen gewöhnlich Einer an der Spitze als Repräsentant der höchsten Gewalt, der aber nur in Gemeinschaft mit Volksrepräsentanten regiert. Dafs man diese Staaten nicht Monarchien nennt, kommt lediglich daher, dafs ihre Monarchen nur einen niedern, gleichsam bürgerlich klingenden, Titel führen und daher nicht mit dem Glanze umgeben sind, welcher andre Herrscher umgiebt, die deshalb vorzugsweise Monarchen heifsen. Es ist aber
etwas

etwas ganz Zufälliges, ob ein Monarch mit besondern Insignien der Herrschaft, dergleichen Krone, Zepter, Thron, Purpurmantel und ein großer Hofstaat sind, angethan sey oder nicht. Diese Insignien der Herrschaft sind nur für den großen Haufen gemacht, der nie auf das Wesen der Sache, sondern bloß auf den Schein sieht und daher die Majestät und Souveränität nur da zu finden glaubt, wo ihm der äußere Glanz der Hoheit entgegenstrahlt. Monarchen von großer Denkungsart haben auch nie einen hohen Werth darauf gelegt; daher es immer eine kleinliche Gesinnung verräth, wenn man, nicht zufrieden mit der höchsten Autorität selbst, auch noch das äußere, oft sehr kostspielige, Gepränge von Titeln, Insignien und Zerimonien um sich her verbreitet, um jedermann tiefen Respekt einzuflößen ¹⁰).

Was nun die vier angezeigten Grundformen der Staatsverfassung betrifft, so sind sie an sich betrachtet alle rechtlich,

die Monarchie und Autokratie sowohl, als die Polyarchie und Synkratie. Denn warum sollte es dem Rechte widerstreiten, wenn ein Volk mit unbedingtem Vertrauen dem, der die höchste Gewalt darstellt, auch die ganze Ausübung derselben überläßt? Und warum sollte es nicht Menschen geben können, die, dieses Vertrauens vollkommen würdig, bey Ausübung der höchsten Gewalt sich von selbst innerhalb der natürlichen Schranken derselben halten? Wer von uns dürfte die Möglichkeit einer Sache bezweifeln, deren Wirklichkeit er täglich um sich her wahrnimmt? — Es ist also nicht eine Frage des Rechts, sondern lediglich der Politik, welche von jenen Staatsformen die beste sey; und da diese Frage außer den Gränzen der gegenwärtigen Untersuchung liegt, so möge die Entscheidung derselben dem eignen Nachdenken eines Jeden überlassen bleiben.

Anmerkungen.

1.

Aristoteles hat den Unterschied der Staatsformen in seiner Politik (Buch 3. Kap. 5 — 7.) entwickelt. Er bedient sich aber zur Bezeichnung der dritten Form nicht des Ausdrucks Demokratie, sondern nennt sie schlechtweg *πολιτεία* und versteht unter Demokratie eine Ab- oder Ausartung der *πολιτεία*. Er meynt nämlich, wenn die höchste Gewalt nicht zum allgemeinen Besten, sondern bloß zum Vortheile der Gewalthaber selbst diene, so sey die Monarchie Tyranny, die Aristokratie Oligarchie und die Politie

Demokratie. Es gebe also drey rechtmäßige Verfassungen, Monarchie, Aristokratie und Politie, und drey unrechtmäßige, oder Ausartungen von jenen, Tyranny, Oligarchie und Demokratie. Allein hier hat Aristoteles außer den in der Vorlesung gerügten Fehlern noch mehre begangen. Der Gebrauch, der von der höchsten Gewalt gemacht wird, entweder zum allgemeinen Besten oder zum bloßen Privatvorteile der Gewalthaber, gehört ja nicht zur Verfassung, sondern zur Verwaltung des Staats. Es durfte also bey der Eintheilung der Staatsverfassungen nicht auf den möglichen Mißbrauch der höchsten Gewalt durch die Staatsverwaltung Rücksicht genommen werden, weil man auf diese Art ganz heterogene Dinge vermischt. Sodann läßt sich gar kein vernünftiger Grund absehen, warum die dritte Staatsform, wenn die Gewalthaber auf das allgemeine Beste sehen, Politie, wenn sie aber auf ihren

Privatvorthail sehen, Demokratie heißen soll. Politie ist ein ganz allgemeiner Ausdruck, der auf jeden Staat, wiefern er eine bürgerliche Gesellschaft ist, bezogen werden kann. Daher widerspricht auch die eigne Erklärung des Aristoteles vom Worte πολιτεία dem auf die dritte Staatsform eingeschränkten Gebrauche desselben. Er sagt nämlich: *Εστὶ δὲ πολιτεία πόλεως τάξις τῶν δὲ ἄλλων ἀρχῶν καὶ μάλιστα τῆς κυρίας πάντων. Κυρίον μὲν γὰρ πάντα ἐστὶ τὸ πολιτεύμα τῆς πόλεως.* Politie ist also jede Gesellschaft von Staatsbürgern, in welcher ein πολιτεύμα ist (civitas quaelibet, in qua est regimen civile). Was daher Aristoteles Politie nennt im Gegensatze der Monarchie und Aristokratie, ist die eigentliche Demokratie, und was er Demokratie nennt, ist diejenige Uniform der bürgerlichen Gesellschaft, wo der Pöbel (die Hefe des Volks) herrscht und welche man auch Ochlokratie nennt. Um dieser Gründe willen ist in der Vorlesung nicht

das Wort Politie, sondern der Ausdruck Demokratie zur Bezeichnung der dritten aristotelischen Staatsform gebraucht worden. Ohnehin hat man diesen Ausdruck auch in neuern Zeiten weit häufiger in demselben Sinne genommen; er mußte also auch als der bekanntere und geläufigere in einer gemischten Versammlung von Zuhörern vorgezogen werden. — Bey dieser Gelegenheit sey wir noch eine andre Berichtigung erlaubt. Sowohl Garve in seiner Übersetzung der aristotelischen Politik (herausg. von Fülleborn, Breslau, 1799. 8.) als auch Tennemann in seiner Geschichte der Philosophie (Band 3. S. 315.) übersetzen πολιτεία durch Republik oder republikanische Verfassung. Diefs ist aber durchaus unrichtig, ob es gleich in neuern Zeiten ein gewöhnlicher Fehler geworden ist, jene Ausdrücke in dieser beschränkten Bedeutung zu nehmen. Jeder Staat, er sey monarchisch, aristokratisch oder demokratisch geformt, ist eine

Republik d. h. ein gemeines Wesen (res publica). Daher kommen bey den Alten tausendmal die Redensarten vor: Rem publicam gerere, administrare, capessere, regere, ad eam accedere, conversiones rerum publicarum. Ganz entscheidend ist eine Stelle in den Briefen des Cicero (ad Quint. frat. I, 1. 10.), wo er eine Stelle aus Plato's fünftem Dialog de republica übersetzt und die Redensart βασιλευειν εν ταις πολιτειν durch regere res publicas giebt. Ein andres ist Republik überhaupt (res publica in genere), ein andres freye Republik (libera res publica), welche auch ein Freystaat genannt wird und deren Charakter darin besteht, dafs der oder die, welche die höchste Gewalt im Staate besitzen, weder durch Usurpazion noch durch erbliche Sukzession, sondern durch freye Wahl dazu gelangt sind. Wenn daher auch die römischen Schriftsteller oft unter res publica blofs ihren Staat, der nach dem Königthum und vor dem

Kayserthum ein solcher Freystaat war, verstehen, so thun sie diess entweder aus Stolz, weil sie nur ihren Staat für den Einzigen auf der Erde hielten, oder aus Schmerz über den Verlust der Freyheit, wodurch sie den Staat selbst für verloren achteten (z. B. wenn Cicero klagt: *rem publicam amisimus, eversa est res publica*). Es ist aber überhaupt das Wort Republik in den neuern Zeiten auf die mannichfaltigste Art gebraucht und gemißbraucht worden. So hiefs die ehemalige Aristokratie Pohlen mit einem Wahlkönig an der Spitze eine Republik, ebenso die ehemalige Aristokratie Venedig mit dem erwählten Doge an der Spitze, dergleichen die aus einer Menge von Aristokratien und Demokratien zusammengesetzte Schweiz ohne irgend ein allgemeines Oberhaupt, die vereinigten Niederlande unter einem erblichen Statthalter, und Frankreich sowohl unter dem vielköpfigen Konvent als unter dem fünf-

köpfigen Direktorium und dem dreyköpfigen Konsulate, welches zugleich in der Person des Oberkonsuls einköpfig war. Wäre es also nicht am besten, wenn man das Wort Republik lieber ganz außer Kurs setzte, da Niemand recht weiß, was er eigentlich dabey denken soll?

2.

Die Frage nach dem eigentlichen Zwecke des Staats — ob er Schutz und Sicherheit des Rechts oder menschliche Vollkommenheit und Wohlfahrt sey — ist von großer Wichtigkeit. Die Gränzbestimmung der Staatsgewalt in Ansehung ihrer gesammten Würksamkeit hängt einzig und allein davon ab. Macht man es den obersten Gewalthabern im Staate zum eigentlichen Zweck ihrer Thätigkeit und mithin auch zu ihrer Hauptpflicht, Vollkommenheit und Glückseligkeit um sich her zu verbreiten, und haben sie eben dazu die Gewalt in Händen, daß sie die-

selbe zur Realisirung dieses Staatszwecks brauchen sollen, so seh' ich nicht ein, wie man es tadeln könne, wenn z. B. jene Gewalthaber nach ihren Begriffen von Vollkommenheit und Glückseeligkeit den Unterthanen gewisse Glaubenslehren durch alle mögliche Zwangsmittel (Ausschließung von Ämtern, schwere Abgaben, Bücherverbote, Inquisizionsgerichte und Autodafés) aufdringen wollen. Denn so erfüllen sie ja nur ihre Staatspflicht. Ist hingegen die öffentliche Rechtsgarantie der eigentliche Staatszweck, so gewinnt die Sache auf einmal ein ganz anderes Ansehen. Dann muß erst gefragt werden, ob ein solcher Glaubenszwang mit dem Rechte bestehen könne, gesetzt auch, daß jedermann durch die Annahme einer bestimmten Religionslehre moralisch vollkommner und zeitlich und ewig seeelig würde. — Daß durch den Staat menschliche Vollkommenheit und Wohlfahrt auf mannichfaltige Weise befördert

werde und absichtlich befördert werden dürfe, kann und soll gar nicht geläugnet werden. Schon die öffentliche Rechtsgarantie ist ein wesentlicher Bestandtheil und eine Hauptbedingung unsrer Vollkommenheit und Wohlfahrt. Aber ein andres ist Zweck im eigentlichen Verstande (*finis κατ' ἐξοχην*) und ein andres nothwendige Folge, die man auch mit beabsichtigen kann (*finis in consequentiam veniens*). Was der Staat in Absicht auf menschliche Vollkommenheit und Wohlfahrt thut, ist theils bloß negativ und wird durch Erreichung seines eigentlichen Zwecks zugleich mit erreicht, indem durch die öffentliche Rechtsgarantie (Schutz des Lebens, des Eigenthums, der Ehre, der Freyheit u. s. w.) eine Menge von Hindernissen unsrer Vollkommenheit und Wohlfahrt entfernt werden — theils kann es auch positiv seyn, wiefern er entweder überhaupt gemeinnützige Thätigkeit begünstigt, ermuntert, belohnt, oder ge-

wisse Anstalten trifft, welche einzelnen Menschen Gelegenheiten und Mittel darbieten, ihre und Andrer Vollkommenheit und Wohlfahrt zu befördern. Aber diese positive Thätigkeit muß erstlich durch den eigentlichen Staatszweck beschränkt seyn, so daß vermöge derselben kein Unrecht geschehe, zweytens auf diesen Zweck in mittelbarer Beziehung stehen, so daß derselbe dadurch leichter erreicht werde. Denn es ist nicht möglich, daß der Staat durch bloße Zwangsmittel dem Rechte durchgängigen Respekt verschaffe. Er kann z. B. nicht erzwingen, daß es gar keine Mörder, Räuber, Betrüger, Verläumder u. s. w. gebe. Er sucht also auch indirekt, durch Beförderung der menschlichen Vollkommenheit und Wohlfahrt, auf die Erreichung seines Zwecks hinzuwirken, indem er die Quellen des Unrechts selbst möglichst zu verstopfen und dadurch die Menge der Rechtsverletzer zu vermindern sucht. Denn es ist

gewiß, daß die Menschen, je vollkommener und zufriedner sie sind, auch desto weniger zu gegenseitigen Rechtsverletzungen geneigt seyn werden. Dem Staate als solchem ist und bleibt also immer die öffentliche Rechtsgarantie eigentlicher oder Hauptzweck und die Beförderung menschlicher Vollkommenheit und Wohlfahrt nur Mittel dazu. Bey dem einzelnen Staatsbürger als Menschen ist es freylich umgekehrt, indem dieser die öffentliche Rechtsgarantie selbst als ein Mittel seiner Vollkommenheit und Wohlfahrt betrachtet und um dieser willen jene vom Staate fodert und erwartet. Wenn man diesen Unterschied zwischen dem Zwecke des Staates als Staates und dem Zwecke des Staatsbürgers als Menschen gehörig ins Auge faßt, so verschwindet freylich der Streit der Staatsrechtslehrer über den Zweck des Staats, und ihre Meynungen lassen sich, so entgegengesetzt sie auch an sich sind, aus einem höhern Gesichts-

punkte betrachtet wohl vereinigen. Aber darum ist der Streit doch nicht unnütz oder ein bloßer Wortstreit, indem man nur durch gehörige Entwicklung und Beantwortung der Streitfrage, zu jenem höheren Standpunkte gelangen kann. Den obersten Gewalthabern selbst mag es übrigens nicht verargt werden, wenn sie sich als Väter einer großen Familie betrachten und diesem Bilde zufolge — denn mehr ist es doch nicht — in ihren öffentlichen Erklärungen immer nur das Wohl ihrer Völker erwähnen, vorausgesetzt, daß dieß nicht eine bloße zur Beschönigung ungerechter Handlungen angenommene façon de parler, sondern ernstlich gemeynt sey, und sie sich selbst auf jenem höhern Standpunkte befinden, wo sie im Unterthan den Staatsbürger und in diesem den Menschen erblicken, mithin den Staatszweck auch als Mittel für die Zwecke der Menschheit überhaupt betrachten.

3.

Man muß die *Ausübung der höchsten Gewalt* nicht verwechseln 1) mit der *vollziehenden Gewalt* (*potestas executiva*), welche von manchen auch die *ausübende*, obwohl unschicklich, genannt wird; denn ausübend muß die ganze höchste Gewalt seyn, wenn sie wirklich etwas seyn soll; die vollziehende Gewalt aber ist nur ein Theil der höchsten Gewalt und muß eben so wie die gesetzgebende Gewalt ausgeübt werden, wenn sie Effekt haben soll — 2) mit der *Verwaltung des Staats* (*administratio rei publicae*); denn diese ist das Resultat von der wirklichen Ausübung der höchsten Gewalt, wieferne ihre Kraft auf alle Staatsgeschäfte angewandt wird und gleichsam alle Theile der Staatsmaschine durchdringt. Die Art und Weise aber, wie jene Ausübung überhaupt geschehen soll, die ursprünglich bestimmte Form der Ausübung gehört zur *Verfassung des Staats* (*constitutio rei publicae*)

oder zur Staatsform und zwar zur innern. — Wenn man übrigens den Unterschied der Darstellungs- und Ausübungsart der höchsten Gewalt durch ein recht auffallendes Beyspiel sich versinnlichen will, so darf man nur die preussische und brittische Verfassung mit einander vergleichen. In beyden Staaten wird die höchste Gewalt durch Eine Person, welche König heisst, dargestellt, aber wie verschieden ist in beyden fast in allen wesentlichen Punkten die Ausübungsart! Die äufsere Staatsform ist also in beyden gleich, aber die innere höchst verschieden.

4.

Es ist nicht zu läugnen, dafs sich der gemeine Sprachgebrauch an den hier bestimmten Unterschied zwischen *herrschen* und *regieren* nicht kehrt, weil jener überhaupt die feineren Unterschiede der Begriffe nicht immer richtig bezeichnet. Da nun diejenigen, welche Herren oder Herr-

Herrscher heißen, auch oft wirklich, wenigstens zum Theil, regieren, so ist die Verwechslung dieser Ausdrücke um so leichter und natürlicher. An sich aber ist der Unterschied richtig, und läßt sich auch in andern Sprachen durch entsprechende Wörter bezeichnen. Herrschen ist im lateinischen principem esse oder principatum tenere, regieren aber regere, gubernare, imperare. Denn derjenige, welchen die Römer princeps nannten, hatte gerade nicht über diejenigen ein Regiment, unter welchen er der Erste war. So war der princeps senatus nur primus inter pares. Freylich entspricht wieder das deutsche herrschen nicht ganz dem lateinischen principem esse. Denn jenes kann auch durch dominari übersetzt werden, welches von diesem wesentlich verschieden ist, indem bey den Römern nur derjenige dominus hieß, welcher Sklaven (servos) hatte. Es ist aber nicht immer möglich, für gewisse Begriffe in

verschiednen Sprachen gleichgeltende Ausdrücke zu finden. — Im Griechischen entspricht *αρχειν* unserm Herrschen, und *κρατειν* unserm Regieren am meisten. Daher sollten die Wörter, welche sich auf *Archie* endigen (Monarchie u. d.), immer nur auf die äußere Staatsform oder die Herrschaftsform (*forma principatus*), diejenigen aber, welche sich auf *Kratie* endigen (Autokratie u. d.), immer nur auf die innere Staatsform oder die Regierungsform (*forma regiminis*) bezogen werden. Wenn also Monarchie, Aristokratie und Demokratie einander entgegengesetzt werden, so deutet schon die verschiedne Endung dieser Wörter darauf hin, daß die Entgegensetzung nicht logisch genau d. h. nicht ausschließend sey. Daher hat es auch sowohl aristokratische als demokratische Monarchien gegeben. So war das Königreich Pohlen (sonst auch Republik genannt) vor seiner Vernichtung eine aristokratische, und das Königreich

Frankreich nach der Konstitution von 1791 eine demokratische Monarchie.

5.

In allen Staaten, wo Priester im Namen der Gottheit (durch heilige Bücher, Orakel, Loose, Augurien u. d.) regieren (die höchste Gewalt ausüben), ohne daß Einer von ihnen oder ein Anderer sich als Obergewalthaber dem Volke ankündigt, findet bloße Ausübung, keine Darstellung der höchsten Gewalt statt. Auch würden solche Priesterregierungen (Hierarchien) nicht geradezu verwerflich seyn, wenn nicht die Priester gewöhnlich ihres Privatinteresses wegen die Layen in der Dummheit zu erhalten und so allen liberalen Ideen den Zugang zum Volke zu verwehren suchten. Dieß pflegt auch da zu geschehen, wo Einer von den Priestern auch äußerlich die höchste Gewalt als erste Magistratsperson repräsentirt, ist aber so sehr gegen das allgemeine In-

teresse der Menschheit, daß Priesterregierungen überhaupt gar nicht geduldet werden sollten. Denn wenn es auch hin und wieder unter den Priesterregenten Dalberge giebt, so sind diese doch nur seltne Erscheinungen, und wer mag entscheiden, ob nicht auch solche Männer zuweilen als Regenten anders handeln würden, wenn sie nicht unglücklicher Weise auch Priester wären. Es läßt sich auch aus den bisherigen Erfahrungen mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit folgern, daß die Priesterstaaten nach und nach ganz aus der Welt verschwinden werden, da sich doch einmal das Schlechtere gegen das Bessere nicht ewig behaupten kann.

6.

Autokratie und Synkratie kann nicht füglich durch Selbstherrschaft und Mit-herrschaft übersetzt werden, weil Herrschaft (Archie) auf die äußere Staatsform

sich bezieht, mithin der Titel Selbstherrscher, welchen sich manche Gewalthaber beylegen, eigentlich eben so viel als Einherrscher (Monarch, nicht Autokrat) bedeutet. Alleinherrschaft ist eben deswegen auch nicht recht passend. Da übrigens das Wort Autokratie schon längst von andern gebraucht worden, so wird man das völlig analog gebildete Wort Synkratie zur Bezeichnung des entgegengesetzten Begriffs hoffentlich nicht unpassend finden.

7.

Wenn man kürzere Ausdrücke zur Bezeichnung der vier Staatsgrundformen wünschte, so könnte man die autokratische Monarchie *Monokratie*, die synkratische aber schlechtweg *Monarchie*, und eben so die autokratische Polyarchie *Polykratie* und die synkratische schlechtweg *Polyarchie* nennen. Dann würde also

die weitere und engere Bedeutung der Wörter: Monarchie und Polyarchie, zu unterscheiden seyn.

8.

Eine der bekanntesten und wichtigsten Modifikationen der vier Staatsgrundformen besteht darin, daß in einem Staate das *Persönliche* der Darstellung und Ausübung der höchsten Gewalt entweder schon im Voraus durch die Geburt oder bey jeder eintretenden Vakanz durch die Wahl oder auch theils durch Geburt theils durch Wahl bestimmt oder bestimmbar seyn kann. Daher kann es Erbmonarchien und Wahlmonarchien, und ebenso auch Erbpolyarchien und Wahlpolyarchien geben. Die letzten sind es eigentlich, welche man gewöhnlich Demokratien nennt, so wie die ersten Aristokratien genannt werden. In den Aristokratien erben nämlich die obersten

Staatsämter in gewissen Familien (Patri-
zier oder Adel genannt) fort, obgleich
die Individuen selbst aus diesen Familien
wieder ausgewählt werden können. Weil
aber doch die Wahl dann nicht frey,
sondern auf Familien beschränkt, mithin
von Geburt oder Abstammung abhängig
ist, so müssen solche Staaten eben so zu
den Erbpolyarchien gezählt werden, wie
man diejenigen Monarchien erblich nennt,
wo nicht gerade der Erstgeborne sukze-
dirt, sondern nur überhaupt jemand aus
der herrschenden Familie gewählt wird.
Da es nun in manchen Monarchien ge-
wöhnlich ist, die obersten Staatsämter
auch nur durch Personen aus gewissen
Familien zu besetzen, so pflegt man auch
wohl von einer Aristokratie in der Mo-
narchie zu sprechen und denjenigen einen
Aristokraten zu nennen, der solchen Fa-
milienprärogativen geneigt ist, so wie
denjenigen einen Demokraten, der ihnen

abgeneigt ist. Dieß ist aber ein so prekärer und zugleich invidiöser Gebrauch dieser Worte, daß man ihn lieber abrogiren sollte.

9.

Man mag dem Lehnssysteme noch so viel Böses nachsagen, so hat es doch in solchen Staaten, die gar keine Volksrepräsentation haben, den Vortheil gebracht, daß es dem willkürlichen Gebrauche der höchsten Gewalt gewisse Schranken gesetzt und dadurch die Härte der Autokratie etwas gemildert hat. Der Lehnsherr hegt natürlich gegen seine Vasallen, die, wie er, aus alten erlauchten Familien sind und auch ohne seine Gunst eine gewisse Dignität haben, mehr Achtung als gegen Männer, die er selbst erst emporgehoben und zu etwas gemacht hat, und wird daher den Tadel oder gar den Widerstand jener mehr fürchten als

dieser. Besonders muß dieß auf junge Gemüther, die eben erst zu regieren anfangen, einen lebhaften Eindruck machen. Es ist daher sehr die Frage, ob die politische Freyheit in Frankreich durch die Vernichtung des Feudalsystems gewonnen hat, nachdem jetzt daselbst eine Monarchie eingeführt ist, welche die Volksrepräsentation so sehr beschränkt hat, daß die Monarchie von der Monokratie nicht mehr weit entfernt ist.

10.

Das Vorurtheil, Staaten, in welchen die erste Magistratsperson kein gekröntes oder wenigstens gefürstetes Haupt aus einer alt oder neu erlauchten Familie ist, sondern nur als ein zur höchsten Würde erhobner Bürger erscheint, Republiken oder gar Demokratien zu nennen und sie den Monarchien entgegen zu setzen, ist so ausgebreitet und eingewurzelt, daß

gewiß sehr Viele den Verfasser einer lächerlichen Neuerung im Gebrauche der Wörter beschuldigen werden, indem er den helvetischen und batavischen Staat nach der jetzigen Verfassung zu den Monarchien gerechnet hat. Allein man beantworte sich doch ganz unparteyisch folgende Frage: Wenn es in diesem Augenblicke (was freylich nie geschehen wird) dem Kayser der Franzosen und dem Könige von Großbritannien einfiel, jenem, sich wieder Konsul, diesem, sich Präsident zu nennen und alle äußeren Insignien der kayserlichen und königlichen Würde abzulegen, übrigens aber die ganze Verfassung, selbst die Erblichkeit der ersten Magistratur eingeschlossen, unverändert zu lassen — würde wohl nun die monarchische Verfassung in diesen Staaten aufhören und eine sogenannte republikanische oder gar demokratische an deren Stelle treten? Antwortet ihr

ja, so gesteht ihr, daß der ganze Unterschied im bloßen Namen des Regenten und dem ihn äußerlich umgebenden Glanze liegt. Sagt ihr nein, so müßt ihr auch zugeben, daß der helvetische und batavische Staat Monarchien sind. Und so ist es auch. Frankreich und Italien waren eigentlich von dem Augenblicke an schon Monarchien, als Bonaparte dort als Oberkonsul und hier als Präsident die höchste Gewalt in beyden Staaten in seiner Person repräsentirte. Nur waren sie noch keine Erbmonarchien, noch kein Kayserthum, kein Königreich. Und wenn Bonaparte sich damals schon, wie es auch im Vorschlage gewesen seyn soll, Seine (konsularische) Majestät hätte nennen lassen, so hätte er es mit demselben Rechte thun können, mit welchem sich jeder erste Gewalthaber im Staate so nennen lassen kann. Denn wer die höchste Gewalt

in seiner Person allein repräsentirt, auf dem ruht die Majestät des Volks, der hat Majestät, und kann sich dieselbe auch als Titel geben lassen, wenn er sonst an Titeln Wohlgefallen hat.

Zweyte Vorlesung.

Über

das Ideal eines vollkommenen Staats.

Zweite Vorlesung.

1844

Das Ideal eines vollkommenen Staats.

Das Gebiet der Metaphysik, welche ich in Zukunft Ihnen vorzutragen das Vergnügen haben werde, ist in den neuern Zeiten durch den verewigten Kant — dessen Verdienste um die Philosophie weit über mein Lob erhaben sind und dessen Nachfolger im akademischen Lehramte zu seyn ich mir zur höchsten Ehre rechne — theils verengert theils erweitert worden. Verengert, insofern er aus demselben durch die kritische Methode des Philosophirens eine Menge gehaltloser und unerweislicher Dogmen herausgeworfen und der metaphysischen Spe-

kulazion viele Objekte entrissen hat, über welche durch alles Hin- und Herdisputiren am Ende doch kein sicheres Resultat zu erringen ist. Erweitert aber, insofern er die ganze reine praktische Philosophie unter dem Titel der Metaphysik der Sitten in jenes Gebiet aufnahm und so dieses wissenschaftliche Territorium in zwei große Hälften, die Metaphysik der Natur und die Metaphysik der Sitten oder die theoretische und die praktische Metaphysik eintheilte.

Da ich nun in den für dieses Halbjahr angekündigten Vorlesungen über die Metaphysik die gesammte theoretische oder Naturmetaphysik vortragen, mithin alle Theoreme und Probleme derselben ohnehin ausführlich abhandeln werde: so will ich mich in der gegenwärtigen ersten Stunde meiner hiesigen Lehrvorträge lieber von einem der wichtigsten Probleme aus dem Gebiete der praktischen oder Sittenmetaphysik mit Ihnen unterhalten —

VON

von einem Probleme, welches in unsern Tagen nicht bloß Gelehrte von Profession, sondern selbst die größten Staatsmänner, ja alle denkende Köpfe überhaupt beschäftigt und fast die ganze kultivirte Welt in einen Kampf verwickelt hat, dessen Folgen eben jetzt noch von der Menschheit tief empfunden werden.

Wahrscheinlich werden Sie schon errathen haben, daß ich das Problem meyne, *wie ein Staat vollkommen zu organisiren oder welche von allen möglichen Verfassungen einer bürgerlichen Gesellschaft die beste sey.* Erlauben Sie also, daß ich in dieser ersten Vorlesung, mit der ich mein hiesiges Lehramt antrete, die theoretische Metaphysik bey Seite setze und Ihnen meine Gedanken über jenes Problem der praktischen Metaphysik eröffne, da dasselbe vielleicht für den größten Theil derjenigen Herren, welche mich heute mit ihrer Gegenwart beehrt haben, mehr

Interesse haben wird, als irgend ein Problem der theoretischen Metaphysik.

Die Vernunft, als das oberste Vermögen, von welchem unsre Thätigkeit ausgeht, als die eigentliche Quelle rein menschlicher Thätigkeit, hat eine natürliche Tendenz zum Absoluten oder Volendeten. Sie ist ein von der Gottheit, als dem Inbegriffe des Absoluten, gleichsam losgerissener Funke und strebt deshalb auch wieder nach dem Absoluten. Sie entwirft daher Ideale, durch welche das Absolute in einzelnen Abrissen dargestellt wird, und sucht dieselben zu realisiren. Aber das Absolute schwebt uns nur in unendlicher Ferne vor; denn es ist selbst unendlich. Wir aber, die wir von allen Seiten beschränkt, die wir nichts sind, als endliche Wesen mit der ewig regen Idee des Unendlichen in unserm Busen, können es nie und nirgends erfassen, bleiben immer von demselben

zurück, so weit wir uns auch demselben angenähert haben mögen.

Zu den mannichfaltigen Idealen, welche die Vernunft in sich erzeugt, gehört nun auch das der *besten Staatsverfassung* oder des *vollkommenen Staats*. Denn das Beste oder das Vollkommene ist nichts anders als das Absolute, das in sich selbst Vollendete. Da nun die Vernunft das Recht durchgängig geschützt und gesichert wissen will und daher die Existenz des Staats als die einzig mögliche Bedingung einer öffentlichen Rechtsgarantie unter Menschen unbedingt fodert, so strebt sie auch in Ansehung dieses rechtlichen Zustandes der Menschen nach dem Absoluten und stellt eben darum jenes Ideal auf.

Wenn wir nun dasselbe etwas näher betrachten, so werden wir bald entdecken, daß dazu folgende zwey Hauptzüge gehören:

1) Es muß die höchste Gewalt im

Staate mit dem größten Nachdrucke wirken können. Ihre Wirksamkeit muß seyn schnell wie der Blitz und eben so unwiderstehlich wie derselbe. Denn wirkt sie langsam und träge, so wird sie sich gefallen lassen müssen, daß eine Menge Rechtsverletzungen vollzogen sind, ehe sie sich in Bewegung gesetzt hat. Kann man ihr aber gar widerstehen, so wird sie verachtet und verlacht und ist gar nicht das, was sie seyn soll, die höchste Gewalt. — Es müssen aber auch

2) Die Bürger eines Staats, welche der höchsten Gewalt unterworfen sind, möglichst frey seyn. Denn die höchste Gewalt soll die Menschen nicht unterdrücken, viel weniger erdrücken, sondern ihrer Thätigkeit den möglichst freyen Spielraum gewähren. Eben darum fodert ja die Vernunft den bürgerlichen Zustand. Denn außer demselben, im sogenannten Naturstande, ist die Freyheit des Einen nur von der physischen Ohn-

macht oder der moralischen Güte des Andern abhängig. Ist aber dem Einen der Andre an physischer Kraft überlegen und hat dieser einen bösen Willen gegen jenen, so ist es um dessen freye Thätigkeit geschehen, so werden seine Rechte unaufhörlich verletzt, so wird er von dem Andern immer unterdrückt und endlich wohl gar erdrückt werden. Darum soll im Staate die Freyheit eines Jeden gesetzlichen Schranken unterworfen werden, damit sie mit der Freyheit aller übrigen zusammen bestehen könne. Darum soll im Staate Jeder seine Freyheitssphäre d. h. sein bestimmtes Rechtsgebiet haben, innerhalb dessen er sich unabhängig von der Willkür Andrer nach eigenem Belieben regen und bewegen könne. Je ungestörter diese Würksamkeit im eigenen Rechtsgebiete ist, desto mehr Freyheit besitzt Jeder. Die möglich größte Freyheit der Bürger gehört daher noth-

wendig mit zum Ideale des vollkommenen Staats ¹).

Fassen wir diese beyden Hauptmerkmale in Einen Begriff zusammen, so wird derjenige Staat *vollkommen* heißen müssen, in welchem die nachdrücklichste *Wirksamkeit* der höchsten Gewalt mit der freyesten Thätigkeit der Bürger vereinigt ist. Es wird also auch diejenige Staatsverfassung die *beste* seyn, vermöge welcher eine solche Vereinigung der nachdrücklichsten *Wirksamkeit* der höchsten Gewalt mit der freyesten Thätigkeit der Bürger hervorgebracht wird. Derjenige, welcher dieß Ideal realisiren wollte, hätte demnach das Problem zu lösen, die Staatsmaschine so zu organisiren, daß die höchste Potenz in ihr mit der größten Energie eben so schnell als unwiderstehlich in allen Theilen wirkte, dabey aber auch jedes Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft auf seinem Rechtsgebiete ungehindert sowohl von andern Gliedern als

von der höchsten Gewalt selbst thätig seyn könnte.

Man darf nur diese Aufgabe gehörig überdenken, um einzusehen, dafs ihre vollständige Auflösung unmöglich sey. Alle Staatsverfassung ist in Rücksicht auf die *Darstellungsart* der obersten Staatsgewalt entweder *monarchisch* oder *polyarchisch*, je nachdem Einer oder Mehre die höchste Gewalt repräsentiren — in Beziehung auf die *Ausübungsart* derselben aber entweder *autokratisch* oder *synkratisch*, je nachdem die Ausübung der höchsten Gewalt den Repräsentanten derselben allein zukommt oder auch das Volk durch gewisse Repräsentanten seiner selbst konkurriert. Es giebt also vier Grundformen der Staatsverfassung: die *autokratische Monarchie*, die *autokratische Polyarchie*, die *synkratische Monarchie* und die *synkratische Polyarchie*. Sollte demnach jene Aufgabe vollständig gelöst werden, so wäre dieß nur in, mit und durch eine

dieser Grundformen möglich. Denn was jemand auch für eine Verfassung erdenken möge, immer wird das Wesentliche derselben in einer dieser Formen schon enthalten seyn.

Die autokratische Monarchie scheint unsrer Aufgabe in Ansehung des ersten Punktes am meisten Gnüge zu leisten. Denn ist die höchste Gewalt in Einer Person ganz und gar vereinigt, so wird sie auch mit der größten Energie wirksam seyn können — vorausgesetzt, daß jener Eine die Zügel der Regierung mit vester und geschickter Hand zu führen und, da er doch nicht alles selbst untersuchen, entscheiden und ausführen kann, solche Rathgeber und Diener als mittelbare Ausüßer der höchsten Gewalt zu wählen wisse, die in ihren besondern Sphären eben so geschickt und kräftig zu wirken verstehen. Aber wer steht uns denn dafür, daß jener Eine dieser Voraussetzung entspreche? Wird er durch

die Geburt bestimmt, so bekümmert sich die Natur nicht so um menschliche Bedürfnisse und Absichten, daß sie immer nur Männer von Einsicht und Kraft auf den Thron setzte. Sie läßt in den Herrscherfamilien so gut wie in den gemeinsten Bürgerfamilien Gutes und Schlechtes, Edles und Unedles, Starkes und Schwaches, Kluges und Einfältiges geboren werden. Wird aber jener Eine durch Wahl auf seinen hohen Posten berufen, welche Gefahren sind mit dieser Wahl schon an sich verknüpft? — Gefahren, die oft den Bürgerkrieg und zuweilen gar den Untergang der Staaten selbst herbeygezogen haben. Und wer wählt uns denn die Wähler dieses Auserwählten aus, damit diese selbst durch Einsicht und Güte in ihrer Wahl geleitet werden, damit sie unparteyisch und rücksichtslos dem Fähigsten und Würdigsten Krone und Zepter darreichen? — Wie steht es aber mit dem zweyten Bestandtheile der

besten Verfassung, der möglich größten Freyheit der Bürger in einem autokratisch-monarchischen Staate? Ist der Mann, welcher an der Spitze steht, nicht gerade der Kluge und Gute, den wir voraussetzen, so wird er bald aus Mangel an Einsicht bald aus bösem Willen unzählige Eingriffe in die Freyheitssphäre der Unterthanen entweder sich selbst erlauben oder den Werkzeugen seiner Macht gestatten, da in dieser Verfassung selbst gar kein Gegengewicht gegen den möglichen Mißbrauch der höchsten Gewalt liegt, mithin aus ihr sehr leicht Tyranney und Despotism entstehen kann.

Suchen wir gegen diese Mängel der autokratisch-monarchischen Verfassung in der autokratischen Polyarchie Hülfe, so stoßen wir in ihr wieder auf andre Schwierigkeiten. Zwar scheint es, als wenn die vereinigte Einsicht und Kraft mehrerer Personen an der Spitze des Staats ein glücklicheres Resultat geben müßte.

Ist auch der Eine oder Andre unter ihnen nicht mit Einsicht und gutem Willen begabt, so werden ihn ja die Übrigen auf das Beste hinleiten können; und was mehre Personen gemeinschaftlich in Überlegung nehmen und beschließen, das muß ja wohl das Beste, wenigstens besser seyn, als was nur Einer ausgedacht hat! — Aber wie? wenn diese Mehrheit uneinig wird? wenn jeder, ursprünglich den Andern an Macht und Ansehen völlig gleich, die Herrschaft gern allein an sich reißen möchte? oder wenn sich die Bösen unter ihnen gegen die Guten vereinigen und, da jene gewöhnlich kein Mittel, wär' es auch das schändlichste, wenn es nur zum Zwecke führt, unversucht lassen, das Übergewicht über diese erhalten? — Sind etwa diese Erscheinungen nicht schon tausendmal da gewesen? — Und was war der Erfolg? — Dafs das autokratisch - polyarchisch beherrschte Volk entweder statt Eines Ty-

rannen Viele hatte oder statt Vieler endlich Einen bekam. — Gesetzt aber auch, daß es nicht bis zu diesen Extremen kommt, so wird doch wenigstens durch die Polyarchie selbst die Energie der höchsten Gewalt gelähmt werden. Denn das vielseitige Deliberiren und Debattiren, welches theils in solchen Verfassungen gar nicht fehlen kann, da es unmöglich ist, nur zwey Menschen von völlig gleichen Einsichten, Neigungen, Gesinnungen und Absichten zu finden, theils auch nicht fehlen soll, indem es als ein Mittel, zur Erkenntniß des Besten zu gelangen, angesehen wird — dieses vielseitige Deliberiren und Debattiren wird oft gerade den glücklichsten Augenblick des Handelns ungenutzt vorbeystreichen lassen.

Alle diese den beyden genannten Staatsformen eigenen Mängel und Schwierigkeiten sind bald mehr bald weniger sowohl mit der synkratischen Monarchie

als mit der synkratischen Polyarchie verknüpft. Man vertheile die einzelnen Zweige der höchsten Gewalt, die gesetzgebende, die richtende, die aufsehende und vollziehende Gewalt, noch so geschickt, um Gegengewichte in der Staatsmaschine zu bilden; immer werden gewisse Reibungen, Hemmungen, Stockungen entstehen, wodurch entweder die Energie der höchsten Gewalt auf der einen oder die Freyheit der Bürger auf der andern Seite gefährdet wird. Die Herrscher werden immerfort die Schranken zu erweitern suchen, in welche sie durch die Synkratie des Volks eingeeengt sind, und unter den Volksrepräsentanten wird es nicht an Männern fehlen, die sich zu Demagogen aufwerfen und nach und nach einen größern Antheil an der höchsten Gewalt an sich zu reißen suchen, als ihnen durch die gesetzliche Verfassung bestimmt ist.

Was folgt nun aus allen diesen Be-

trachtungen? — Das Resultat scheint beym ersten Anblicke trostlos und niederschlagend. Die Vernunft erscheint mit ihrem Ideale einer besten Verfassung als eine Träumerin und dieß Ideal selbst scheint nicht viel besser als eine Schimäre der Einbildungskraft zu seyn. Darum — so könnte man folgern — wollen wir lieber alles beym Alten lassen, wollen alles gehen lassen, wie es geht! Denn das Vollkommne können wir doch nicht erreichen!

Allein dieß würde eine sehr übereilte Folgerung, ein gewaltiger Sprung im Schliessen seyn, wie es die Logik nennt. — Lassen Sie uns jenes Resultat etwas genauer betrachten! so wird sich das Trostlose und Niederschlagende der ersten Ansicht verlieren und statt dieser sich uns eine herrliche Aussicht in die Zukunft eröffnen.

Die Vernunft will Einheit, die Natur aber Mannichfaltigkeit. Jene strebt da-

her immer nach dem Absoluten, Vollen-
deten oder Unendlichen, welches frey-
lich nur einzig in seiner Art seyn kann.
Diese aber stellt uns das Endliche und
Beschränkte in den mannichfaltigsten Ge-
stalten dar. Keine dieser Gestalten ent-
spricht der ursprünglichen Idee ganz,
aber jede hat Theil an derselben, jede
ist gleichsam eine Kopie derselben, ein
Abbild von jener als Urbilde. So wie
sich daher in der Natur selbst kein voll-
kommner Mensch, kein vollkommnes
Thier, kein vollkommner Baum, kurz
nichts, gar nichts Vollkommnes findet,
sondern jedes einzelne Ding nur eine
mehr oder weniger unvollkommne Dar-
stellung dessen ist, was wir in jeder Art
als das Vollkommne denken: so ist noch
viel weniger in allem, was der Mensch
hervorbringt und was durch seine Thä-
tigkeit eine bestimmte Form erhält, et-
was Vollkommnes. Gleichsam unter den
Händen wird das Produkt ein Andres,

als es der reinen Idee zufolge hätte werden sollen. So auch in Ansehung der Staaten und ihrer Verfassung. Die Staaten insgesamt, wie wir sie auf der Erde antreffen, sind theils Produkte der blinden Naturnothwendigkeit, welche die Menschen hier oder dort unter mannichfaltigen Umständen geboren werden liefs, vereinigte, trennte und wieder vereinigte; zum Theil sind sie aber auch als Produkte der eignen menschlichen Thätigkeit anzusehen, indem einzelne Menschen, obwohl selbst wieder abhängig von der oberherrlichen Leitung der Natur, nach ihren individuellen Ein- und Absichten den geselligen Verein der Menschen so oder anders bildeten. Daher jene unendliche Mannichfaltigkeit von Staatsformen, die theils gewesen sind, theils noch bestehen, theils erst in der Zukunft zum Vorschein kommen werden. Diese Mannichfaltigkeit ist aber für die Menschheit, die nun einmal in den Schranken der Endlichkeit

lichkeit befangen ist und seyn muß, von den wohlthätigsten Folgen. Dadurch allein ist es möglich, daß die menschliche Natur von allen Seiten entwickelt und ausgebildet werde, und durch diese allseitige Entwicklung und Ausbildung ist es wieder allein möglich, daß jene Schranken selbst allmählig immer mehr erweitert werden. Die Natur selbst also giebt es nicht zu, daß alle Staaten eine und dieselbe Verfassung haben, wenn sich auch von irgend einer bestimmten Form erweisen liesse, daß sie für sich betrachtet die beste wäre. Die Vernunft kann freylich nur Eine als solche anerkennen; aber diese Eine muß gleichsam in tausend Gestalten unter den verschiedenen Völkern der Erde vertheilt seyn, wie die absolute Schönheit an keinem Menschen angetroffen wird und doch jede einzelne Menschenform ein Abbild derselben ist. Wie könnte auch eine und dieselbe Verfassung für alle Völker der Erde, die in Anse-

hung ihrer Menschenmenge, Lage und Kultur so verschieden sind, für große und kleine, rohe und gebildete, südliche und nördliche, Kontinental- und Insular-Völker, gleich gut und passend seyn! Es ist also für die Menschheit überhaupt gut, daß nicht alle Völker einerley Verfassung haben und daß in jeder zwar gewisse Mängel, aber auch gewisse Vorzüge sich finden, wodurch sie sich der vollkommenen oder besten mehr oder weniger nähert ²).

Ist denn aber überhaupt die Verfassung das Einzige, wovon das ganze Heil eines Staates abhängt? Muß die Staatsmaschine sich schon darum gleichsam von selbst in einem guten Gange erhalten, weil sie gut organisirt ist? — Dieß scheinen die Meisten, welche über Verfassung urtheilen und Eine vor den übrigen so sehr preisen, stillschweigend vorauszusetzen. Und doch ist diese Voraussetzung nichts als leere Einbildung. Der Staat

ist ja keine wirkliche Maschine, bey der es lediglich auf die Zusammensetzung der Theile ankäme. Er ist ein Verein von *Menschen*, von vernünftigen und freyen Wesen, deren Thätigkeit zu einem gemeinsamen Zwecke zusammenstimmen soll. Wenn also Staaten wirklich gedeihen sollen, so müssen sie nicht bloß gut verfaßt, sondern auch gut verwaltet werden. Denn so wie die Verwaltung eines Staates bey der mangelhaftesten Verfassung so treflich seyn und so viel Gutes wirken kann, daß die Mängel der Verfassung kaum merkbar sind, eben so kann der Staat bey einer an sich guten Verfassung durch eine schlechte Verwaltung an den Abgrund des Verderbens gebracht werden. Aber — könnte man vielleicht sagen — wenn die Verfassung recht gut, wenn sie wirklich vollkommen ist, so muß durch sie eine schlechte Verwaltung unmöglich gemacht werden, und eben diese Unmöglichmachung einer schlechten

Verwaltung ist das Hauptmerkmal der besten Verfassung, welches oben bey der Entwicklung dieser Idee nicht hätte vergessen werden sollen. Allein diese Forderung ist widersinnig. Denn sie setzt voraus, daß der Staat wirklich eine bloße Maschine, mithin diejenigen, welche ihn beherrschen und regieren, eben sowohl als die Beherrschten und Regierten, keine vernünftige und freye Wesen, sondern lauter Automate seyen, deren Eins in das Andre eingreifen, Eins das Andre mit absoluter Nothwendigkeit bestimmen solle. Wirklich sind manche politische Projektmacher in ihren Entwürfen von Staatsverfassungen so weit gegangen, daß sie den Staat wie eine bloße Maschine behandelt wissen und durch die Verfassung selbst eine gute Verwaltung erzwingen wollten. Ihre Entwürfe sind aber von allen denen, die da wissen, was sich erzwingen lasse und was es zu

bedeuten habe, Menschen zu regieren, als tolle Einfälle verlacht worden.

Wenn denn also zur guten Verfassung auch noch eine gute Verwaltung hinzukommen muß, um das wahre Staatswohl zu bewürken, so beruht das öffentliche Heil hauptsächlich auf dem guten Willen derer, welche die höchste Gewalt in allen ihren Zweigen in wirkliche Anwendung bringen und dadurch das Staatsschiff — denn mit einem Schiffe läßt sich der Staat weit treffender als mit einer Maschine vergleichen — in seinem regelmäßigen Gange erhalten. Bey der Unvollkommenheit aller menschlichen Einrichtungen, folglich auch der Staatsverfassungen, muß man daher denen, welche Staaten beherrschen und regieren, zutrauen, daß sie schon aus bloßer Achtung gegen die öffentliche Meynung sich innerhalb der rechtlichen Schranken ihrer Gewalt halten und diese Gewalt zum allgemeinen Besten anwenden werden.

Denn in einem aufgeklärten Zeitalter und mitten unter gebildeten Menschen und Völkern hat die öffentliche Meynung ein großes Gewicht. Daher ist in unsern kultivirteren Staaten, wo es wirklich eine öffentliche Meynung giebt, wohl Niemand ganz gleichgültig gegen dieselbe, am wenigsten aber die, welche, auf hohen Posten gestellt, über Andre hervorragen. Je höher jemand steht, desto mehr sind die Blicke der Menschen auf ihn gerichtet, und es müßte ein sehr schlechtes Gemüth seyn, das sich durch diesen Gedanken gar nicht gehoben und zum Guten ermuntert fühlte ³).

Indessen folgt doch hieraus keineswegs, daß die Verwaltung allein die Basis der öffentlichen Wohlfahrt, mithin die Güte eines Staats bloß in der Güte seiner Verwaltung zu suchen sey. Zwar wird der bekannte Popische Ausspruch: *der beste Staat ist der bestverwaltete*, oft als sehr weise gerühmt. Allein wenn

man ihn auch als witzigen Einfall für den Augenblick passiren läßt, so kann er doch nicht als allgemeiner Grundsatz gelten; ja er ist in dieser Hinsicht eigentlich ungereimt. Denn wenn die Güte des Staats nur aus seiner Verwaltung beurtheilt werden sollte, so müßte die Verfassung etwas absolut Gleichgültiges seyn. Nun ist aber die Verfassung dasjenige, was den Staat eigentlich zum Staate macht, was ihm einen gewissen selbständigen und bleibenden Charakter giebt, wodurch er sich von andern Staaten wesentlich unterscheidet; die Verwaltung aber wechselt beständig mit den verwaltenden Personen und ist daher den zufälligen Modifikationen des Augenblicks weit mehr als jene unterworfen. Es kann also das Beste oder das Vollkommne in Ansehung des Staats nicht in der Verwaltung desselben allein liegen; und so wenig es für einen einzelnen Menschen gleichgültig seyn kann, ob sein eigener

Körper gut oder schlecht organisirt sey, so wenig kann einer Gesammtheit von Menschen die Konstitution, wodurch ihr Verein (der Staatskörper) ein organisches Ganze werden soll, gleichgültig seyn. Es ist daher eine unabweisliche Forderung der Vernunft, daß wir, wie in allen Dingen, so auch in Ansehung der Staatsverfassung immerfort nach dem Bessern und Vollkommnern streben sollen, wenn wir auch das Beste oder das absolut Vollkommne nie erreichen können. Das Ideal der besten Verfassung ist also freylich in keinem Zeitpunkte darstellbar, weil die Aufgabe, es zu realisiren, unendlich ist, aber es soll doch zur Lösung derselben alles geschehen, was in menschlichen Kräften steht; wir sollen uns wenigstens dem Ziele anzunähern suchen, wenn wir es auch nie erreichen.

Wie und durch wen soll aber jene Aufgabe gelöst werden, soweit sie überhaupt lösbar ist? — Es giebt nur zwey

Annäherungsmethoden zum Ziele der politischen Vollkommenheit: *Plötzliche Revolutionen*, welche von unten herauf, und *allmähliche Reformen*, welche von oben herab kommen. Man darf beyde nur nennen, um über die Wahl der einen vor der andern nicht zweifelhaft zu seyn. Durch jene wird eigentlich nicht die Verfassung des Staats vervollkommnet, sondern gänzlich vernichtet. Es entsteht daraus zunächst nichts als Anarchie, mithin ein völlig rechtloser Zustand, aus welchem zuletzt freylich eine neue Verfassung hervorgehen muß, die aber oft nicht viel besser als die vernichtete, zuweilen wohl gar noch schlechter, auf alle Fälle aber nicht des unsäglichen Elends werth ist, das ihr vorausging. Also kann nur durch reiflich erwogene und nach und nach ohne Gewaltthätigkeit ausgeführte Veränderungen von Seiten der höchsten Gewalt selbst die Staatsform wirklich verbessert werden, so daß

sich der Staat dem Ideale eines rechtlichen gemeinen Wesens annähere ⁴). Aber diese Veränderungen müssen auch geschehen, wenn man allen gewaltsamen Revolutionen in Zeiten vorbeugen will. Denn der unaufhaltsam fortschreitende Geist der Zeit und die sich immer mehr entwickelnden und ausbreitenden gesellschaftlichen Verhältnisse gestatten keiner menschlichen Einrichtung eine ewige Dauer. Eine Konstitution für die Ewigkeit kann und soll es nicht geben. Daher haben sich die Verfassungen der Staaten von jeher verändert, und wenn auch diese Veränderungen im Einzelnen nicht immer Fortschritte zum Bessern gewesen sind, so läßt sich dennoch im Allgemeinen ohne Uebertreibung behaupten, daß jetzt wenigstens in Europa kein Staat (den Türkischen und vielleicht noch ein paar andre ausgenommen) existirt, der im Ganzen nicht weit besser organisirt wäre, als die meisten Staaten des Alter-

thums, deren Andenken auf die Nachwelt gekommen ist. Und so läßt sich auch von der Zukunft hoffen, daß, da das Schlechtere sich einmal nicht auf die Dauer gegen das Bessere halten kann, die politischen Vereine der Menschen nicht aufhören werden, sich dem unvergänglichen Ideale des vollkommenen Staats immer anzunähern ⁵).

Anmerkungen.

1.

Man hat die Freyheit, welche den Mitgliedern einer bürgerlichen Gesellschaft zukommt, neuerdings in die *politische* und *bürgerliche* eingetheilt und behauptet, daß, wenn in einem Staate auch keine politische Freyheit stattfinde, doch die bürgerliche stattfinden könne. Eine wunderliche Behauptung gegründet auf eine eben so wunderliche Eintheilung! Πολις ist doch in der Welt nichts anders als *civitas*, und beyde Wörter bedeuten entweder eine einzelne Stadt oder einen ganzen Staat, eine bürgerliche Gesellschaft

überhaupt, weil in alten Zeiten oft eine jede Stadt für sich einen kleinen Staat bildete. Die Freyheit der Mitglieder einer bürgerlichen Gesellschaft ist also politisch oder bürgerlich (*libertas civilis*) ohne Unterschied zu nennen. Was einige Politiker verleitet hat, einen solchen Unterschied zu machen, ist der Umstand, daß in einigen Staaten die Bürger entweder ihre obersten Magistratspersonen selbst wählen oder doch wenigstens durch selbsterwählte Repräsentanten an der Ausübung der höchsten Gewalt Theil nehmen und so die obersten Gewalthaber in Ansehung des willkürlichen Gebrauchs ihrer Gewalt einschränken können. Hierin soll die politische Freyheit bestehen. Wenn dagegen die Regierung eines Staats, obgleich solchen Einschränkungen nicht unterworfen, dennoch so liberal ist, daß sie der Thätigkeit der Bürger allen möglichen Spielraum läßt, daß sie dieselbe nicht despotisch beschränkt, so soll die bürgerliche

Freyheit heißen. Allein man sieht leicht ein, daß die sogenannte politische Freyheit nichts anders als eine gewisse Form der Verfassung ist, die man in manchen Staaten eingeführt hat, um dadurch die Freyheit der Bürger gegen mögliche Eingriffe von Seiten der höchsten Gewalt zu verwahren. Eine solche Verfassungsform kann aber nicht selbst Freyheit heißen, da sie nur ein Verwahrungsmittel der Freyheit seyn soll. Oder wollte man ja den Ausdruck Freyheit auch auf die Konstitution beziehen, so müßte man diese Art der Freyheit die *Freyheit der Verfassung* und die andre Art die *Freyheit der Bürger selbst* nennen. Die Eine wäre dann die *Freyheit des Ganzen* und die Andre die *Freyheit des Einzelnen*.

2.

So wie in Europa überhaupt die mannichfaltigsten Staatsformen sich vorfinden, so trifft man sie insonderheit auch in un-

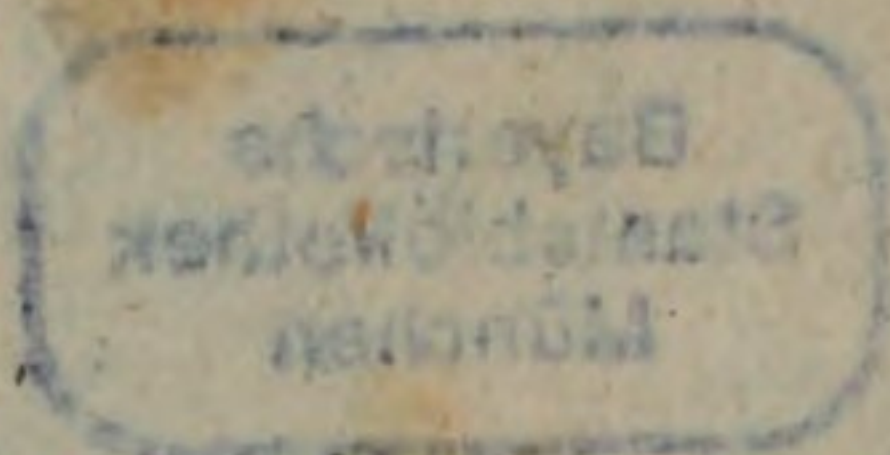
sern lieben deutschen Vaterlande an. Denn obgleich dieser in seiner Art einzige Staatenbund eine gewisse synkretisch - monarchische Grundform hat, so kommen doch in den einzelnen deutschen Staaten vom österreichischen Kayserthum an bis zu den Reichsstädten herab fast alle mögliche Staatsformen vor. Sollte diese Mannichfaltigkeit der Formen nicht mit ein Grund von der Vielseitigkeit der deutschen Kultur seyn? Denn das ist gewiß, dafs, wenn auch einzelne Europäische Nationen der Deutschen es in diesem oder jenem Zweige der Wissenschaft oder Kunst zuvor gethan haben, die Deutsche doch *im Ganzen* den Vorrang über alle andern behauptet. Ob sich aber eben diese so mannichfaltig geformte und dadurch so komplizirte politische Maschine auf die Länge wird erhalten können, ist eine andre Frage.

In jedem kultivirten Staate giebt es eine öffentliche Meynung, welche die Charaktere und Handlungen des höhern Regierungspersonals gleichsam einem permanenten Gerichtshofe unterwirft, der in seinen Urtheilen nur selten und gewifs nie auf lange Zeit irre geleitet wird. Dieses nur dem Bösen furchtbare Tribunal hat sich durch die aus der Buchdruckerpresse hervorgehende Publizität über ganz Europa mit Ausnahme weniger Theile, ja selbst über Europa hinaus, verbreitet und kann gewissermaassen als das Palladium der bürgerlichen Freyheit in den kultivirten Staaten angesehen werden. Denn es ist notorisch, dafs die Scheu vor diesem Tribunale manchen Gewalthaber von ungerechten Handlungen abgehalten hat, die er ausserdem gewifs vollzogen hätte. Man denke nur an die bekannte Anekdote von den Schlözerschen Staatsanzeigen! Daher liest man jetzt oft
in

in den öffentlichen Blättern offizielle Rechtfertigungen öffentlicher Handlungen, wodurch man gleichsam stillschweigend die höchste Autorität dieses Tribunals anerkannt. So findet es einer der mächtigsten Monarchen unsrer Zeit nicht unter seiner Würde, von Zeit zu Zeit in einem öffentlichen Blatte der Welt kund und zu wissen zu thun, daß er dieses oder jenes entweder gar nicht oder nicht auf diese Art oder nicht in dieser Absicht gethan habe; und selbst ganze Völker prozessiren mit einander vor diesem Tribunale, um das Urtheil desselben für sich zu gewinnen. Es ist also wohl auch mit um dieses Grundes willen zu hoffen, daß, so lange in Europa noch die wohlthätige Buchdruckerkunst ihre Altäre hat, die Europäischen Völker nicht wieder in die alte politische Barbarey zurücksinken werden.

Aus diesem Grunde scheint auch Plato behauptet zu haben, daß Niemand gut regieren könne, der nicht der Ideen sich bemächtigt habe und daß weder einzelne Völker noch das ganze Menschengeschlecht von den Uebeln, unter welchen Staaten und Menschen damals eben sowohl und noch mehr als jetzt seufzten, würden befreyt werden, wenn nicht entweder die Philosophen regierten oder die Regierenden philosophirten *). Dieser

*) Plato de republ. lib. 5. pag. 52. 53. (ed. Bipont.): Εαν μη η οί φιλοσοφοι βασιλευσιν εν ταις πολεσιν η οί βασιλεις τε νυν λεγομενοι και δυνασαι φιλοσοφησιν γνησιως τε και ικανως, και τϋτο εις ταυτον ξυμπεση δυναμεις τε πολιτικη και φιλοσοφια, των δε νυν πορευομενων χωρις εφ' εκατερον αι πολλαι φυσεις εξ αναγκης αποκλεισθωσιν, εκ εστι κακων παυλα ταις πολεσιν. δοκω δε, εδε τω ανθρωπινω γενει. Eben so Epist. 7. pag. 96. 97: λεγειν τε ηναγκασθην επαινων την ορθην φιλοσοφian, ως εκ ταυτης εστι τα τε πολιτικα δικαia και τα των ιδιωτων παντα κατιδειν. κακων εν ε ληξειν τα ανθρωπινα γενη, πριν αν η το των φιλοσοφωντων ορθως γε και αληθως γενοσ εις αρχας ελθη τας πολιτικας, η το των δυναστευοντων εν ταις πολεσιν εκ τινος μοιρας θειας οντως φιλοσοφηση. — Hierauf spielt Cicero (ad Quint. frat. I, 1. 10.) an, wenn er sagt: Plato tum denique fore beatas res publicas



Ausspruch klingt freylich lächerlich, wenn man dabey an unsre heutigen Philosophen und besonders an die allerneueste Art zu philosophiren denkt. Sobald man hingegen das Wort: Philosoph, in seiner alten ächten Bedeutung nimmt, wo es einen Mann anzeigte, der nicht bloß theoretisch (durch Spekuliren) sondern auch praktisch (im Handeln) nach der Weisheit strebte, und wenn man bedenkt, dafs in den alten sowohl als neuen Staaten viele der gröfsten Staatsmänner auch mit der Philosophie vertraut waren, so dürfte jener

dixit, si aut docti et sapientes homines eas regere coepissent, aut qui regerent omne suum studium in doctrina ac sapientia collocassent. — Und Prudentius (cont. Symmach. 1, 30.) drückt jene Sentenz des Plato in folgenden ziemlich holprichten Versen aus:

Nimirum pulchre quidam doctissimus, esset
 Publica res, inquit, tunc fortunata, satis si
 Vel reges saperent vel regnarent sapientes.

Auf diese Art ausgedrückt (si reges saperent vel sapientes regnarent) verliert freylich der Ausspruch des Plato selbst den Schein der Lächerlichkeit. Denn wer sollte wohl die Forderung lächerlich finden, ut reges sapiant vel sapientes regnent?

Ausspruch des Plato wohl nicht so lächerlich seyn. Einer der treflichsten römischen Kayser, M. Aurelius Antoninus, führte auch nach dem Zeugnisse des Jul. Capitolinus (cap. 27.) jenen Ausspruch häufig im Munde und beurkundete nicht bloß durch seine Schrift *an sich selbst* sondern zugleich durch seine Regierung, daß er jenen Ausspruch wohl beherzigt hatte, daher ihm auch die Geschichte nicht mit Unrecht den Beynamen: Philosophus, gegeben hat. Eben so ist in neuern Zeiten Einer der Größesten unter den Königen schlechtweg der Philosoph von Sanssouci genannt worden, und noch jetzt lebt unter Deutschlands Fürsten Einer, der sich als Philosoph im Platonschen Sinne (*γνησιως τε και ικανως* oder *οντως φιλοσοφων*) hinlänglich legitimirt hat, und den die Geschichte vielleicht einst auf gleiche Weise auszeichnen würde, wenn sie nicht zu sehr auf äußern Tha-

tenglanz, sondern mehr auf stille innere Gröfse sähe.

5.

Die Idee der besten Verfassung (eines vollkommenen rechtlichen Zustandes der Menschen) könnte wohl nicht eher realisiert werden, als bis die Idee der menschlichen Vollkommenheit überhaupt durchgängig realisiert wäre. Denn jene Idee ist eigentlich nur ein Theil von dieser. Es gehörte aber in der That eine starke Dosis von gutmüthigem Vertrauen auf die menschliche Natur oder vielmehr von einfältiger Phantasterey dazu, wenn jemand glauben wollte, daß je eine Zeit kommen würde, wo sich die Menschheit überhaupt extensiv und intensiv völlig entwickelt und ausgebildet hätte. Der bisherige Schneckengang der Kultur, den manche gar für einen beständigen Kreislauf halten wollen, berechtigt uns wenigstens nicht zu solchen glänzenden Erwar-

tungen. Auch setzt eine völlige Entwicklung und Ausbildung der Menschheit überhaupt gewissermaassen schon die Existenz vollkommener Verfassungen als Bedingung voraus. Staaten und Menschen müßten also immer gleiche Fortschritte zum Bessern machen, um sich gegenseitig zu vervollkommen.

Krug, Wilhelm Traugott,

Über Staatsverfassung und Staatsverwaltung

Koenigsberg 1806

Pol.g. 471

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10769615-8